

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wachsen, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Druck und Verlag von J. Kuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Sättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Gersdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Langenberg, Grumbach, Eilschheim, Rühlschnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Gräna, Wästenbrand, Ursprung, Ritzberg, Erlbach, Pleiße und Rühlsdorf.

Nr. 282

Freitag, 3. Dezember 1920

70. Jahrg.

Reichsnote und Zwangsanleihe.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde am Donnerstag die Frage Reichsnote oder Zwangsanleihe bezw. Ergänzung des ersten durch eine Zwangsanleihe weiter erörtert. Von verschiedenen Abgeordneten wurde die Ansicht vertreten, daß eine Weiterberatung im jetzigen Augenblick nicht angezeigt sei und erst die gedruckte Rede des Reichsanpräsidenten bezw. die Grundlagen eines Gesetzentwurfes, bezw. Zwangsanleihe, abgewartet werden müßten. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte demgegenüber, daß eine Verlage über die Erhebung einer Zwangsanleihe nicht ohne weiteres gemacht werden könnte. Material in „Mitteln“ läge darüber nicht vor lediglich Mitteilungen des Reichsanpräsidenten vom Juni v. J. und vom April d. J. Der Minister betonte weiter: Bei meiner Erklärung im Ausschuß habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, welche Stellung ich in der Frage Zwangsanleihe oder beschleunigte Notopferanzleihe einnehme. Auf meine persönliche Bitte hat der Herr Reichsanpräsident nicht nur den Stand unseres Geldwesens und die daraus sich ergebenden Folgen dargestellt, sondern auch seine Ansichten über die Zwangsanleihe in Verbindung mit dem Reichsnoteopfer dargelegt. Wenn jetzt die beschleunigte Einziehung eines Teiles des Noteopfers als Gesetzentwurf eingebracht worden ist, so ist das auf den Beschluß des Kabinetts zurückzuführen. Ich habe im Kabinett im Oktober neuen anderen Maßnahmen als unbedingt erforderliche finanzielle Maßnahmen zur Eindämmung der schwebenden Schulden folgende zwei Möglichkeiten vorgeschlagen:

1. Änderungen im Reichsnoteopfergesetz derart, daß ein bestimmter Teil sofort in bar zu zahlen ist.
2. Zwangsanleihe ohne Änderung des Noteopfergesetzes.

Jede dieser Maßnahmen betrachte ich als ein Hemmungsmittel gegen allzu rasche Vermehrung der schwebenden Schulden und als Eindämmungsmittel gegen die Papierflut. Das Kabinett hat sich gegen die Erhebung einer Zwangsanleihe als dem härteren Mittel ausgesprochen und sich für die beschleunigte Einziehung eines Teiles des Noteopfers erklärt. Einer Verbindung zwischen Reichsnoteopfer und Zwangsanleihe stehe ich demnach nicht ablehnend gegenüber. Sie ist mir vielmehr lieber, als die beschleunigte Einziehung des Reichsnoteopfers, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Zwangsanleihe so gestaltet wird, daß ihr Ertrag an Bargeld ganz bedeutend höher ist, als aus der Einziehung des Reichsnoteopfers erwartet werden darf. Eine Änderung des Reichsnoteopfers im wesentlichen Umfang darf dabei aber nicht erfolgen. Der Finanzminister sprach nochmals den dringenden Wunsch aus, daß die Parteien beschleunigt dazu Stellung nehmen ob sie den vorliegenden Gesetzentwurf oder eine Zwangsanleihe oder beides abgelehnt wollen.

Staatssekretär Moesle bestritt (!), daß von einem Bankrott der Steuerverwaltung gesprochen werden könne und bat den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. Gewisse Parteien könnten durch entprechende, mit dem Reichsrat zu vereinbarenden Anweisungen gemildert werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betonte, daß er keine andere als die Politik des Kabinetts hier vertreten könne. Im gegenwärtigen Augenblick sei nichts wichtiger, als der Inflation Einhalt zu tun und sich ihr entgegenzustellen. Sowohl die beschleunigte Erhebung des Noteopfers, als auch eine Zwangsanleihe könnten diesem Zwecke dienen. Vom Standpunkt der Industrie und der Landwirtschaft aus beständen gewisse Bedenken gegen die beschleunigte Erhebung des Reichsnoteopfers, und er habe pflichtgemäß schon bei der Vorberatung des Gesetzentwurfes darauf aufmerksam gemacht. Aber in der Lage, in der wir uns befinden, müßten die Bedenken zurückgestellt werden. Die Inflation sei so im Fortschreiten der Druck neuer Noten so andauernd, daß es unbedingt nötig sei, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Wenn vom Reichsnoteopfer 15 Milliarden und durch eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden könnten, so würde die Summe im Hinblick auf den Stand der Dinge als gering erscheinen, aber doch bewirken, den Stand der Valuta zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Das wäre im Hinblick auf den Einkauf von Produkten und Lebensmitteln im Zustand von ungeschätzbarem Werte. Daß der beschleunigten

Erhebung des Reichsnoteopfers setzzeit vor der Zwangsanleihe der Vorzug gegeben worden sei, beruhe darauf, daß schon bei der Ankündigung einer Zwangsanleihe die Kapitalflucht eingesezt habe. Ehe nicht klargestellt sei wie man sich eine Zwangsanleihe denke, könne er sich auch nicht über ihre etwaigen Wirkungen äußern. Er vertrete den Standpunkt des Kabinetts, d. h. die Vorlage auf schnellere Einziehung des Reichsnoteopfers. Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Angebote von Valutakrediten.

Bei den gemeinsamen Verhandlungen der Einfuhrstellen hat sich dieser Tage ergeben, daß eine größere Anzahl Angebote ausländischer Valutakredite auf Rohstoffe und Lebensmittel vorliegt. Man kam jedoch zu dem Ergebnis, vorerst nur die Valutakredite zu berücksichtigen, die die Einfuhr von Lebensmitteln betreffen. Inbezug auf die ausländischen Valutakredite für industrielle Rohstoffe wurde von vornherein der Standpunkt vertreten, daß angesichts des sich scharf fortsetzenden Preisabwärtens auf dem Weltmarkt eine abwartende Haltung zu empfehlen sei. Seit September haben wir im Clearingverfahren über die Vertriebsstädte zusammen 230 Millionen Goldmark an England und Frankreich zahlen müssen.

Ein Diktat der Entente über Oberschlesien.

Wie verlautet, ist gestern in Berlin eine Note der Entente eingebracht, in der ohne vorläufige Verhandlungen über die Abgrenzung der deutschen Regierung die Modalitäten der ober-schlesischen Abstimmung diktatorisch festgesetzt wurden. Die Note bestimmt entgegen dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages, daß die Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens befindlichen Abstimmungsberechtigten in Köln vor sich zu gehen hat, und zwar an demselben Tage, an dem die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet. Weiter bestimmt sie, daß die in Köln und Oberschlesien abgegebenen Stimmen zuerst zusammengezählt werden müssen, um sodann erst der Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Der Termin der Abstimmung ist in der Note dagegen noch nicht genannt.

Nach dem Eingang der Note ist das Reichskabinett zusammengetreten um zu der von ihr geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Wie verlautet, wird die deutsche Regierung gegen diese flagrante Verletzung des Friedensvertrages Protest erheben, sich aber dem Entente diktat im übrigen fügen. Abgesehen von der einseitigen Veränderung des Verfalltermins des Vertrages erscheint das diktatorische Diktat der Entente aber auch praktisch völlig undurchführbar, da das schon heute von Menschen überfüllte Köln gar nicht in der Lage ist, den an einem einzigen Tage eintreffenden Schwarm von 300 000 Menschen bei sich aufzunehmen, ein Umstand, der in Paris offenbar übersehen worden ist. Oder ist es Absicht, dadurch die Reise von Tausenden zu verhindern und damit die Abstimmung für Polen zu beeinflussen?

Französischer Verzicht auf die Milchkäse?

Die deutschen Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Ablieferung von deutschen Viehes haben, der „Wolfs. Ztg.“ zufolge, ergeben, daß die Franzosen vorläufig auf eine Lieferung von Milchkäse verzichten. Sie fordern jedoch zunächst innerhalb eines Jahres die Stellung von etwa 90 000 Stück Kündern aller Art, wie Kühen, Bullen usw., ohne ersicht zu haben, daß die Forderungen als endgültige zu betrachten sind. Bei der heute stattfindenden Schlusssitzung soll die endgültige Entscheidung über die Viehlieferung fallen.

Sächsische politische Mitteilungen. Minister Schwarz über die Regierungsbildung

In einer Kreisversammlung der sozialdemokratischen Parteien sprach sich u. a. auch der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz über die nun schon seit drei Wochen erörterte Frage der Neubildung der sächsischen Regierung aus. Der Wirtschaftsminister betonte sich hier zu dem äußersten linken Flügel der Partei, also dem gegenwärtig ausschlaggebenden. Er sieht die Lage noch immer als

vollständig ungeklärt und verworren an. In dem Bericht der „Dresdner Volksztg.“ über die Ausführungen des Wirtschaftsministers Schwarz heißt es: „Genosse Schwarz sondierte für die mehr als fragwürdige Haltung der Parteipresse in dieser so überaus wichtigen und schweren Frage. Die Redaktionen haben hier in einer geradezu verheerenden Weise eingegriffen. Der Wälzgang der diesjährigen Landtagswahl sei eine schwere Niederlage der Partei. Drängen wir auf sofortige Neuwahlen des Landtags und überlassen die Regierungsbildung allein den bürgerlichen Parteien, dann habe die sächsische Arbeiterschaft ausgepielt und sei ausgeschoben. Auch für die vielgeschätzten Mehrheitsfraktionen sei es klar, daß mit dem reinen Parlamentarismus nicht zu rechnen ist. Den Luxus, noch recht lange der Landesregierung fern zu bleiben, könne sich aber die Partei nicht leisten, da alles, was die Revolution gebracht hat, auf dem Spiele stehe. Jetzt Gefährdung zu treiben, wäre der dritte Umarmen unserer Partei, den wir doch alle nicht herbeiwünschen. Wenn es heute in der Partei Strömungen gibt, so müßte er bekennen, daß er dann auf dem äußersten linken Flügel stehe, doch dies sei für ihn kein Grund, mit den Unabhängigen zu liebengeln, da diese das ungeliebte Spiel, was man sich vorstellen könne, in der Politik treiben. Im alten Landtag war eine unbedingte Mehrheit vorhanden, um eine rein sozialistische Regierung durchzuführen zu können, doch scheute die Bildung einer solchen immer und immer wieder an der Politik dieser Partei. Eine linke Regierung sei seiner Meinung nach ein schöner Traum. Sodann entwickelte Genosse Schwarz ein Bild der Deutschen Volkspartei und kam zu dem Resultate, daß, wenn die Partei nicht allen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte und die Ministerien ausüben wollte es unbedingt von Notwendigkeit sei, in die Regierung mit einzutreten da sie es dann in der Hand habe, beeinflussend auf die Geschicke des Landes zu wirken, zu gegebener Zeit den Landtag heimzuführen usw. Letzten Endes hat aber die Landeskonferenz zu entscheiden, ob wir uns an der Regierungsbildung mit rechts beteiligen dürfen. Auf keinen Fall aber dürfen die Regierungsgeschäfte in die Hände der Bürgerlichen allein kommen. Das ist allerdings wesentlich anders als das „Dritte und letzten Male Nein!“, das eine Bestimmungswort des Wirtschaftsministers, die Chemnitzer „Volksstimme“, den Kombinationen einer aus Sozialisten und Mittelparteien bestehenden Regierung entgegensteht. Sicher ist aber vorderhand noch gar nichts, es sei denn das Eine, daß der Landtag bei seinem Zusammenritt am 7. Dezember noch vor der ungelösten Frage stehen wird.“

Die Ueberwachung des Schleichhandels und die Eisenbahn-Betriebsräte.

Die Eisenbahngeneraldirektion Dresden hat unter dem 24. November folgenden Beschluß gefaßt: Die Ueberwachung des Schleichhandels und die Eisenbahn-Betriebsräte sind durch die Eisenbahnverwaltungen und ihre Organe für den ganzen Bereich des deutschen Eisenbahner-Vereinsverbandes durch die Schleich-D. A. einheitlich geregelt. Nach Ziffer 7 dieser Anweisung ist das gesamte Eisenbahnpersonal verpflichtet bei der Bekämpfung des Schleichhandels mitzuwirken. Besonderer Ueberwachungsausschüsse bedarf es jedoch nicht. Eine Mitwirkung der Betriebsräte bei der Bekämpfung des Schleichhandels kommt nicht in Frage. Nach Paragraph 1 des Betriebsrätegesetzes sind die Betriebsräte zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebsräte errichtet worden. Diese Aufgaben der Betriebsräte sind im Gesetz in der Paragraphen 66 und 78 aufgeführt. Keine der dort selbst aufgeführten einzelnen Aufgaben lassen eine Befassung der Betriebsräte mit der Bekämpfung des Schleichhandels zu. Im Gegenteil ist in Paragraph 69 bestimmt, daß den Betriebsräten das Eingreifen in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnungen (wie z. B. Anhalten Schleichhandelsverdächtigter Wagenadungen) nicht zuzulassen. Bei dieser Sachlage muß die Reichseisenbahnverwaltung sowohl das Aufsichtspersonal besonderer Ueberwachungsausschüsse als auch einzelne Dienststellen als auch eine Befassung der Betriebsräte mit der Schleichhandels-

bekämpfung ablehnen. Etwa noch bestehende Ueberwachungsausschüsse sind sofort aufzulösen. Bez. Dr. Mättig.

Diese Verfügung drückt die Dresdner unabhängige „Volkszeitung“ ab und bringt dazu eine Stellungnahme des Hauptbetriebsrates der Eisenbahngeneraldirektion Dresden, die u. a. enthält: „Die Eisenbahnbetriebsräte sind fest entschlossen, sich durch derartige reaktionäre Bestimmungen nicht beirren zu lassen und werden nach wie vor ihre Tätigkeit ausüben, erlauben aber die gesamte Arbeiterschaft, im gegebenen Falle sich mit den Eisenbahnern solidarisch zu erklären, um dadurch eine geschlossene Front gegen die Gegenrevolutionäre zu bilden.“

Williger Kaffee für Sachsen.

Wie wir hören ist zu erwarten, daß in nächster Zeit ein größerer Posten Kaffee zur Einfuhr nach Sachsen gelangt und auf diesem Wege ohne Einschränkung einer neuen Zwangswirtschaft dem Verbrauch zugeführt wird. — Es ist zu hoffen, daß die amtlichen Stellen diesen Kaffee zu einem erschwinglichen Preise an die Bevölkerung abgeben werden und damit etwaigen Preissteigerungen auf dem Kaffeemarkt entgegenzutreten können.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 3. Dez. 1920
Wettervorhersage für morgen:
Wärmer, zunehmende Bewölkung, trocken, Ab-
wechslige Winde.
Temperatur am 2. Dezember:
Minimum +1,0. 12 Uhr +3,2 Maximum +3,7.

— Bezüglich der heute und morgen stattfindenden Geldsammlung für Kinderhilfe sei noch bemerkt: Man lasse sich vor Einbringung der Gabe den Ausweis, den Schulstempel in der Liste, vorzeigen, der den Kindern mitgegeben wird, um unbedingtes Einmischen unmöglich zu machen.

— Im Berggasthaus findet morgen abend ein allgemeiner „Hühner-Dinner“ statt zu dem der Bergwirt alle Freunde ergebigen Fröhlichens und ergebigerlicher Lieber auch an dieser Stelle herzlich einlädt.

— Donnerstag, den 2. Dezember, fand in hiesiger Christophorikirche eine seltene Jubelfeier statt, indem drei Hochzeitspaare zusammen eingetragene wurden, von denen der Schneidermeister August Kottisch mit seiner Gattin die goldene, seine Tochter Helene Franke mit ihrem Gatten Louis Franke die silberne und seine Entlein Lotte Franke mit ihrem Bräutigam Fritz Stephan die grüne Hochzeit feierte.

— Das von der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener kürzlich veranstaltete Konzert hat einen Reinertrag von 300 Mark ergeben, der dem Stadtrat zum Besten der Kriegerverwunden übergeben wurde.

— b. Oberlungwitz, 3. Dez. Nachdem von dem falschen Reichum geredet worden war, dem Geld, Wert- und Jugendreichum, der die Menschen in den Selbstbetrug führt, sprach Engelstiel Laus gestern von den „Raischlagen Gottes“ auf die rechte Weise reich zu werden, im Anschluß an Offenbarung 3 18: „Ich rate dir...“ Das Gold, das Gott uns als Reichtum anbietet, ist der Reichtum in Christo: Wer Jesum hat, ist reich und satt, auch dann noch, wenn es in tiefer äußere Not hineingehet, das zeigte er an mancherlei Beispielen, wie u. a. an der auch sonst bekannten Schwester Lenchen, einer Diakonistin in Kassel, die durch schwere Krankheit Arme und Reine verlor und doch in ihrer jämmerlichen Lage ein fröhliches Gotteslob blieb. Ja wenn es am Abend vorher hieß: Es gibt arme Reiche, so diesmal: Es gibt reiche Arme. Wer det reich in Christo. Dazu ist zweitens nötig, sich „weiße Kleider“ zu kaufen, und zwar umsonst bekommt man sie. Die weißen Kleider sind in der Bibel das Sinnbild für die Vergebung der Sünde. Der ist reich, der weiß, mir sind meine Sünden vergeben. Das kann aber nur werden, wenn die Augen geöffnet sind durch die rechte Augenalb, daß er sehen lernen, das eigene Elend, die eigene Schuld und erkennen lernte Gottes große Gnadenhand. Heute abend ist das Thema: Eine Aufgabe für Alle!

— c. Waldenburg, 1. Dez. Die Polizei ermittelte vier Einwohner, die in letzter Zeit eine Kariosefahne wiederholt dort gebrauchlich hatten. — Infolge der anhaltenden Trockenheit ist der Wasserstand der Mulde derart gesunken, daß im Betrieb des Elektrizitätswerkes unliebsame